



Policy Paper:

Kommunale Prävention im Spannungsfeld von Mandat, Ressourcen und Haltung

Empfehlungen zur Professionalisierung und besseren strukturellen Verankerung

Autoren: Moritz Lorenz, Janusz Biene-Clément (Vereinigung Pestalozzi gGmbH, Legato)

Kommunen spielen eine zentrale Rolle in der Förderung (und Verteidigung) von Demokratie sowie der Prävention von extremistischer Mobilisierung und Radikalisierung. Landkreise, kreisangehörige Gemeinden und Städte sind häufig eine der ersten Anlaufstellen für Bürger*innen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Fachkräfte, wenn es um Fragen gesellschaftlicher Konflikte, Polarisierung oder Extremismus geht. Tatsächlich richten Kommunalverwaltungen in jüngerer Zeit vermehrt Koordinations- und Anlaufstellen für Demokratieförderung und Extremismusprävention ein. Gleichzeitig sind die strukturellen Bedingungen, unter denen kommunale Fachkräfte arbeiten, oftmals herausfordernd: die Ressourcen sind knapp; die Erwartungen hoch; und die Mandate mitunter unklar.

Vor diesem Hintergrund hat die Vereinigung Pestalozzi gGmbH, unterstützt durch Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis, das Modellprojekt „Kommunale Fachberatung: Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ entwickelt und im Rahmen des Legato Projektverbunds von 2023 bis 2025 erfolgreich umgesetzt. Gefördert wurde das Projekt durch Mittel des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Ziel der Kommunalen Fachberatung war, kommunale Fachkräfte, die in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention tätig sind, durch systemisch orientierte Fachberatung, kollegialen Austausch und praxisnahe Fortbildungen.

In den drei Projektjahren hat das Projektteam durch ihre verschiedenen Angebote 34 Kommunen aus 10 Bundesländern erreicht und mit 43 Fachkräften gearbeitet. Die Fachberatung diente dazu, kommunale Fachkräfte in der Bearbeitung konkreter und akuter Herausforderungen wie der Aktivierung bzw. dem grundlegenden Aufbau von funktionierender Netzwerkstrukturen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft oder dem Umgang mit Gruppierungen aus dem rechtsextremen oder islamistischen Spektrum individuell zu begleiten. Ein regelmäßiger, kollegialer Praxisaustausch zwischen den kommunalen Praktiker*innen fand regelmäßig im Interventionsformat statt, um konkrete Problemkonstellationen und strategische Herausforderungen gemeinsam zu reflektieren und Strategien für den Umgang mit ihnen zu entwickeln. Neben zahlreichen Workshops und Vorträgen stellte die Fortbildungsreihe „Kommunal. Präventiv. Innovativ.“ ein weiteres zentrales Element dar.

Gefördert durch:





Im Fokus standen dabei unter anderem Fragen der Auftragsklärung, Zielgruppenerreichung und strategischen Kommunikation sowie Grundlagen systemisch orientierter und religionssensibler Arbeit. Die Fortbildung wurde aufgrund des großen Interesses in zwei Durchgängen im Jahr 2024 und 2025 angeboten.

Um die Erfahrungen des Projekts aufzubereiten und zu analysieren, hat die Soziologin Prof. Dr. Chiara Pierobon, Professorin für Public Policy and Social Change an der Ostbayerisch Technischen Hochschule Regensburg eine qualitative Interviewstudie mit kommunalen Fachkräften durchgeführt. Die Studie untersucht, wie Fachkräfte ihr jeweiliges Mandat verstehen, welche strukturellen Bedingungen ihre Arbeit prägen und welche Rolle Haltung sowie Professionalisierung spielen. Die Ergebnisse zeigen: Die kommunale Praxis ist hochgradig kontextabhängig, komplex und bietet zugleich großes Potenzial für nachhaltige Demokratieförderung und Extremismusprävention und passgenaue Gestaltung vor Ort. Die Ergebnisse der Studie wurden mit dem Projektteam, der wissenschaftlichen Begleitung Prof. Dr. Jens Ostwaldt (IU – Internationale Hochschule) sowie dem Projektbeirat, bestehend aus Vertreter*innen kommunaler Spitzenverbände und der Präventionspraxis validiert und reflektiert.

Das vorliegende Policy Paper leitet auf dieser Grundlage Empfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen auf Landes- und Bundesebene ab. Ziel ist, kommunale Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig, wirkungsvoll und kontextsensibel zu gestalten.

Empfehlungen

1. Kommunen als zentrale Akteure in der Präventionslandschaft stärken

Kommunen übernehmen eine Schlüsselrolle in der Förderung von Demokratie und der Prävention von Radikalisierung, z. B. als Netzwerkknotenpunkt, als Themensetzerin oder als Frühwarnsystem. Gleichzeitig sind Kommunen strukturell unterfinanziert bzw. haben kommunale Fachkräfte mit sehr begrenzten Ressourcen zu kämpfen. Eine gezielte Stärkung von Kommunen ist notwendig, um wirksame und kontextsensible Präventionsarbeit und Demokratieförderung zu ermöglichen.

Empfehlung:

- Flächendeckend kommunale Fachstellen für Demokratieförderung und Präventionsarbeit schaffen und institutionell verankern. Eine weitere „Projektitis“ mit kurzen Förderperioden vermeiden.
- Eine langfristige finanzielle Förderung kommunaler Präventionsarbeit sicherstellen, um Kontinuität und Planungssicherheit zu gewährleisten.
- Förderprogramme von Bund und Ländern sowie privater Stiftungen gezielt auf die Bedarfe kommunaler Verwaltungen ausrichten.

Gefördert durch:





2. Kommunale Mandate bewusst gestalten

Kommunale Fachkräfte agieren oft in einem Spannungsfeld zwischen sicherheitspolitischen und sozialarbeiterisch-pädagogischen Ansprüchen. Nicht selten ignorieren ihre Mandate die Konsequenzen dieser „Sandwich“-Position für die praktische Arbeit. Dabei wirkt sich die doppelte Anforderung direkt auf das eigene Rollenverständnis, die Zielgruppenauswahl- und Ansprache und die Wahl der Kooperationspartner*innen aus.

Empfehlung:

- Kommunale Demokratieförderung und Präventionsarbeit sind Querschnittsaufgaben und sollten als solche konzipiert, institutionalisiert und politisch mandatiert werden. Andere Verwaltungsbereiche sollten dazu verpflichtet werden, in der Bewältigung dieser Querschnittsaufgaben zusammenzuarbeiten.
- Auftrag kommunaler Demokratieförderung und Extremismusprävention sollte nicht nur die Arbeit mit Bürger*innen und Zivilgesellschaft sein, sondern auch die Arbeit mit den eigenen Kolleg*innen und Strukturen der Kommunalverwaltung.
- Die Mandate kommunaler Fachkräfte sollten regelmäßig einer Überprüfung unterzogen werden, z. B. um die Kontext-Passung sicherzustellen, Stigmatisierung von Zielgruppen zu vermeiden und die Fachkräfte an der strategischen Gestaltung ihrer Arbeit zu beteiligen.

3. Interkommunalen Austausch und fachliche Unterstützung gezielt fördern

Kommunale Fachkräfte verfügen über sehr viel Expertise und Erfahrung, die mehr Sichtbarkeit verdient. In der täglichen Arbeit profitieren sie in besonderem Maße von interkommunalem Austausch unter Kolleg*innen und unabhängiger fachlicher Begleitung.

Empfehlung:

- Auf Bundes- und Landesebene sollten niedrigschwellige Austauschformate zwischen kommunalen Fachkräften ausgebaut werden, um praxisrelevante Formate wie wechselseitige Hospitationen oder kollegialen Praxisaustausch zu erleichtern.
- Kommunale Fachkräfte sollten als spezifische Zielgruppe von Qualifizierungsangeboten anerkannt werden und Unterstützungsangebote konzipiert bzw. gefördert werden.
- Stärkung praxisrelevanter Forschung für kommunale Demokratieförderung und Extremismusprävention sowie des Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und kommunaler Praxis.



Kontakt

Janusz Biene-Clément

Co-Leiter des Legato Projektverbunds

janusz.biene@vereinigung-pestalozzi.de

[0157 31159661](tel:015731159661)

www.legato-praevention.de

Gefördert durch:

